

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates zwecks Bereitstellung einer finanziellen Unterstützung für Mitgliedstaaten zur Abfederung der erheblichen finanziellen Belastung, die ihnen durch einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union ohne Abkommen entsteht
KOM-Nr.:	(2019) 399 final
BR-Drucksache:	411/19
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
Zielsetzung:	Bereitstellung finanzieller Unterstützung, um die Auswirkungen eines ungeordneten „Brexit“ auf die öffentlichen Ausgaben stark betroffener Mitgliedsstaaten abzufedern
Wesentlicher Inhalt:	Ausweitung und Anpassung des EUSF auf den Sonderfall des ungeordneten „Brexit“
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Auf Grund der Komplexität der möglichen Auswirkungen ist die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nicht in Gänze zu überblicken. Grundsätzlich bestehen keine Bedenken.
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	Nicht ersichtlich
Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.	

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett